

Sri Lankas umstrittenes Kohlekraftwerk

von Niresh Eliatamby

Sri Lankas dienstältester katholischer Bischof verkündete jüngst eine aufsehenerregende Mitteilung auf dem jährlich stattfindenden größten Katholikentag des Landes. Präsidentin Chandrika Kumaratunga habe Pläne verworfen, einhundert Kilometer nördlich von Colombo an der Westküste ein umstrittenes Kohlekraftwerk zu bauen, sagte Bischof Frank Marcus Fernando. Ferner behauptete er, von der Präsidentin persönlich darüber informiert worden zu sein.

Die Menge mehrerer hunderttausend Gläubiger, die sich anlässlich des Sankt Annen Festes in Talawila getroffen hatte, brach in ohrenbetäubenden Jubel aus. Die nationalen Zeitungen des Landes berichteten tags darauf über die Rede auf ihren Titelseiten, da dies das Ende einer jahrelangen bitteren Auseinandersetzung zwischen der Kirche, Umweltschutzgruppen und Anwohnern des betroffenen Gebietes auf der einen und der Regierung auf der anderen Seite bedeutete.

Seltsamerweise enthielt sich die Regierung jeder Stellungnahme zu dieser Frage. Journalisten, die dem Büro der Präsidentin einen Kommentar entlocken wollten, gingen leer aus. Einige Tage später gab es eine Stellungnahme von Seiten der srilankischen Elektrizitätsbehörde, der staatseigenen Elektrizitätsgesellschaft, die das 600 Millionen Dollar teure Kraftwerk baut, welche der Aussage des Bischofs widersprach. "Wir haben keinerlei Anweisungen erhalten, die Arbeit am Nuraicholai-Projekt einzustellen", sagte D. C. Wijeratne, Generalmanager beim 'Ceylon Electricity Board' (CEB). "Die Arbeiten laufen weiter".

Demgegenüber blieb Bischof Fernando bei seiner Aussage. "Sie sagte, daß die srilankische Regierung die 600 Millionen Dollar Anleihe an die Japaner zurückgeben werde." Die Präsidentin hüllte sich ihrerseits auch weiterhin in Schweigen.

Nervöses Nuraicholai

Die gegensätzlichen Behauptungen unterstreichen die Intensität der Auseinandersetzung über eine Frage, welche die ohnehin angeschlagene srilankische Wirtschaft zu entgleisen lassen droht. Offizielle Sprecher der CEB sagen, daß der steigende Strombedarf, der jährlich um acht Prozent zulegt, bis 2004 selbst dann zur Unterversorgung führen wird,

wenn noch einige ölbetriebene Kraftwerke bis dahin errichtet werden. Das Problem besteht zusammengefaßt darin, daß die Regierung eine Anordnung getroffen hat, wonach die CEB bis 2005 80 Prozent der Haushalte des Landes mit Strom versorgen muß - eine rapide Steigerung der derzeit lediglich 52 Prozent. Bis dahin muß ein Kohlekraftwerk fertiggestellt sein, andernfalls wird es nach Aussagen der CEB zu täglichen Stromausfällen kommen. Dies wird wiederum die Wirtschaft ruinieren, da ausländische Investoren kein Interesse an einem Land haben werden, das keine verlässliche Stromversorgung garantieren kann.

Demgegenüber sind die Dorfbewohner von Nuraicholai, wo das Kohlekraftwerk entstehen soll, geschlossen gegen das Projekt eingestellt, das ihnen nach ihren Aussagen nur sauren Regen bringen wird, der auf sie und ihre Felder herunterregnen wird. Diese Region direkt am Meer ist mehrheitlich katholisch und der Klerus eilt seinen Schäfchen zu Hilfe. Die Möglichkeit, daß der saure Regen die zwanzig Kilometer entfernt gelegene 150 Jahre alte St. Annen-Kirche schädigen könnte, schließt die Reihen der srilankischen Katholiken, die acht Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, noch fester.

Auch Umweltschutzgruppen engagieren sich in diesem Protest und verleihen der Opposition ein wissenschaftliches Gewicht. Der Südwestmonsun, der ein halbes Jahr lang bläst, treibt den sauren Regen unter Umständen bis zu den alten buddhistischen Tempeln von Anuradhapura und schädigt gleichzeitig den viel näher gelegenen Wilpattu Nationalpark, das größte Naturschutzgebiet des Landes. Die Vertreter der CEB widersprechen jedoch diesen Einschätzungen und versprachen stattdessen zeitgemäße Filteranlagen einzubauen, die nahezu alle schädigenden Chemikalien aus den Kraftwerksemissionen herauslösen werden.

Zum Nachteil aller Betroffenen versuchen die Politiker beide Seiten versöhnlich zu stimmen, statt sich des Problems selbst anzunehmen. Mit einer Mehrheit von nur einer Stimme im 225-Sitze zählenden Parlament kann es sich Präsidentin Kumaratunga nicht leisten, die Katholiken vor den Kopf zu stoßen. Aber ebensowenig möchte sie sich für die möglicherweise drohende Wirtschaftskrise des Jahres 2004 verantwort-

lich machen lassen, die jene prophezeien, die das Projekt unterstützen und das Kraftwerk gebaut sehen wollen.

Unruhe und Angst herrscht in Nuraicholai. Ohne eine klare politische Linie der Regierung, fühlen sich die Lokalpolitiker äußerst verunsichert, wenn sie den Protestierenden entgegenreten. Mehrmals schlugen die Proteste bereits in Gewalt um, wie etwa vor zwei Jahren, als die Polizei in die Menge der Demonstranten feuerte und eine Person tötete. Die Forderung des Energieministers Anuruddha Ratwatte, die Armee einzubestellen und das Projekt mit Nachdruck durchzusetzen, hat nur dazu geführt, daß die Reihen der Opposition geschlossener und ihr Widerstand gestärkt wurde.

Energieengpass

Mehr als ein Jahrhundert lang war Sri Lanka von der Wasserkraft abhängig, die von den vielen Flüssen des Landes erzeugt wird. Hydroelektrische Energie, gewonnen aus nur wenige Kilowatt Leistung erzeugenden Kleinturbinen bis hin zu 250 Megawatt erzeugenden Großdämmen, betrieb alles im Land von der Straßenlaterne bis hin zu Industrieanlagen.

Bis Mitte der 80er Jahre war jedoch die Kapazität der Flüsse zur Gewinnung hydroelektrischer Energie erschöpft. Alternative Energiequellen wurden benötigt und zwar schnell. Das war genau die Zeit, in der das Land seinen wirtschaftlichen Aufschwung nahm. Dieselöl war eine der Alternativen und eine Reihe dieselölbetriebener Kraftwerke entstand. Weitere sind derzeit noch im Bau und bis zum Jahr 2003 werden Ölkraftwerke bis zu 40 Prozent der Energieproduktion des Landes abdecken. Dies ist ein alarmierend hoher Abhängigkeitsgrad für ein Land, das selbst nicht über eigene Erdölreserven verfügt. Dabei sind diese Kraftwerke sehr teuer, denn obwohl ihre Erstellung verhältnismäßig günstig ist, ist ihre Unterhaltung und ihr Betrieb sehr kostspielig. "Die Bevölkerung Sri Lankas zahlt heute bereits einen sehr hohen Preis für Elektrizität. Je mehr ölbetriebene Kraftwerke wir errichten, desto teurer wird der erzeugte Strom für die Verbraucher", sagt Wijeratne von der CEB.

Solange andere mögliche Energiequellen wie Wind, Sonnenkraft oder Naturgas so teuer sind, scheint Kohle die

einzig gangbare Alternative zu sein. Kohle ist billig und in ausreichender Menge in Indien, Australien und anderen Staaten rund um den Indischen Ozean verfügbar. Daher entwarf die CEB den Plan, eine Anzahl kohlebetriebener Kraftwerke zu errichten. Der Plan sieht vor, daß bis zum Jahr 2012 65 Prozent der srilankischen Energie in Kohlekraftwerken erzeugt werden soll. Das entspricht einer Energiemenge von 1.200 Megawatt, die heute von allen Wasser- und Dieselmotoren zusammen erzeugt wird.

Ursprünglich einmal sollte das Projekt Mitte der 80er Jahre in Trincomalee, der großen Hafenstadt im Nordosten der Insel, realisiert werden. Doch die internationalen Finanziern verabschiedeten sich aus dem Projekt in dem Maß, in dem die Region in den Bürgerkrieg hineingezogen wurde. Sodann hatte man sich eine Stadt an der Südküste als neuen Projektstandort ausgesucht, doch ein Aufstand der 'Janata Vimukthi Peramuna' (JVP) gegen die Regierung, dessen Wurzeln im Süden des Landes lagen, veranlaßten den damaligen Präsidenten Ranasinghe Premadasa von dem Plan Abstand zu nehmen. Andere Standorte, die zeitweise diskutiert wurden, erwiesen sich als nicht geeignet.

Schließlich erwählte die CEB Nuraicholai und die Regierung gab grünes Licht für das Projekt. Die japanische Regierung versprach, das gesamte Projekt finanziell zu fördern. Die vorbereitenden Arbeiten sind nun nahezu abgeschlossen und die Anlage soll plangemäß bis 2004 ans Netz gehen. Das Nuraicholai-Kraftwerk soll zunächst 300 Megawatt elektrischer Energie erzeugen. Diese Leistung soll später auf 900 Me-

gawatt gesteigert werden. Ein zweites Kraftwerk ist für die Südküste geplant, hat jedoch bereits den Widerstand verschiedener Umweltschutzgruppen auf den Plan gerufen. Die Protestierenden sagen, es sei noch ausreichend Zeit, nach alternativen Energiequellen zu suchen. Die CEB widerlegt dies nicht, sucht aber auch nicht nach Alternativen. Dazu haben sie von Seiten der Präsidentin keine Anweisung erhalten, so ihre Begründung.

"Wir verlassen uns auf das Nuraicholai-Projekt. Der steigende Energiebedarf und die begrenzten hydroelektrischen Energieressourcen machen es erforderlich, daß wir das Projekt weiterführen", sagt Ananda Dharmapriya, ein hoher Beamter des Energieministeriums. Sowohl die nationale Energiegesellschaft als auch die Regierung sagen, daß es nicht die Zeit gibt, einen alternativen Standort zu suchen. "Man benötigt etwa acht Jahre, um ein Kraftwerk zu planen, die Machbarkeitsstudien zu erstellen, die Finanzierung zu regeln und die Anlage zu bauen", so Wijeratne. "Ursprünglich haben wir geplant, das erste 300 Megawatt-Kraftwerk bis 1998 fertig zu haben. Mittlerweile hinken wir dieser Planung sechs Jahre hinterher. Wir haben zwischenzeitlich nahezu alle Überbrückungshilfen, wie den Bau von Thermalkraftwerken, ausgeschöpft."

Die Unentschiedenheit verunsichert sogar die Japaner, so daß die Finanzierung eines weiteren Kraftwerkes schwierig sein wird. Vertreter der japanischen Finanzierungsgesellschaft Overseas Economic Cooperation Fund, die für das Projekt einen zinsfreien Kredit in Aussicht gestellt hat, hat sich zwischenzeitlich besorgt über die Worte des Bischofs

geäußert. Die Kontroverse trägt nicht dazu bei, Kredite oder Investoren anzuziehen.

Sri Lankas Wirtschaft, einst in der Dritten Welt beneidet und vor 50 Jahren als Modell zur Nachahmung den ärmeren Ländern gegenüber hochgehalten, ist heute nicht in der Lage, das eigene Energiedefizit zu beheben. Der Bürgerkrieg im Nordosten des Landes verwehrt auch weiterhin den Zugang zu den Rohstoffen und verschlingt zudem ein Viertel der staatlichen Steuereinkünfte. Selbst Sri Lankas bedeutendste Wirtschaftsbranche, die Teeindustrie, leidet. Die Exporte sind aufgrund niedriger Weltmarktpreise rückläufig. Textilindustrien, die eine große Zahl junger Männer und Frauen beschäftigen, schließen, da sie nicht länger in der Lage sind, der Billigkonkurrenz aus China und anderen asiatischen Staaten standzuhalten, in denen aufgrund extrem niedriger Arbeitslöhne die Produktionskosten auf ein Minimum gesenkt wurden. Und mit der Abschaffung des US-amerikanischen Quotensystems im Jahr 2004, aufgrund dessen Sri Lanka sich bisher überhaupt der asiatischen Konkurrenz gegenüber erwehren konnte, wird die wirtschaftliche Lage des Landes sich noch verschärfen. Der Tourismus als mögliche Alternative wurde aufgrund der tamilischen Terroranschläge in der Hauptstadt 1995 und 1996 sehr geschwächt; und kommt erst langsam wieder auf die Beine.

Die Energieuhr für Sri Lanka tickt und das Zaudern der Politiker, die an Stimmen mehr interessiert sind, als an der Verlautbarung einer klaren politischen Richtlinie, hilft wahrlich nicht weiter.

(Übersetzung: Thomas Hoffmann)

Zum Tod von Saumyamoorthy Thondaman

Der Präsident des 'Ceylon Workers Congress' und Führer der tamilischen Plantagenarbeiter, Saumyamoorthy Thondaman, ist im Alter von 86 Jahren am 30. Oktober gestorben. Thondaman war sicherlich einer der intelligentesten politischen Strategen im Bereich der Minoritätenpolitik Sri Lankas. Als Vertreter einer ethnischen Minderheit wurde er immer wieder Ziel gnadenloser Angriffe von Seiten sinhalesisch-extremistischer Gruppierungen. Noch kurz vor seinem Tod hatte man ihn noch als Separatisten verunglimpft. Die Versuche, ihn zu attackieren und zu isolieren, sind zu bedauern, da ein solches Vorgehen nur dazu geeignet ist, die Plantagenarbeiter in das tamilisch-extremistische Lager zu treiben. Dabei hielten sich die tamilischen Plantagenarbeiter gerade unter Thondamans Führung von extremistischem Aktivismus fern, denn er war überzeugt, daß die Probleme der Tamilen nur auf politischem Wege gelöst werden können. Sein größter und bleibender Verdienst ist, daß es ihm gelang, die tamilischen Plantagenarbeiter auf dem Weg demokratischer Politik zu halten.

Thondaman hielt strategischen Kontakt sowohl mit politischen Parteien der Sinhalesen wie mit politischen Gruppierungen der Tamilen. Von der 'Tamil United Liberation Front' (TULF), mit der er in der Anfangsphase verbunden war, zog er sich zurück, da er ihre Forderung nach einem un-

abhängigen Tamilenstaat nicht unterstützen konnte. Er betonte jedoch immer die Notwendigkeit, auf der Suche nach einer Lösung des ethnischen Konflikts in Sri Lanka mit den wichtigsten politischen Organisationen der Tamilen, einschließlich der 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE), zu verhandeln.

Zweifellos gehört Thondaman zu jener kleinen Gruppe von Politikern in Sri Lanka, die ihre Ansicht zum ethnischen Konflikt furchtlos zum Ausdruck brachten. So war er fest davon überzeugt, daß man anstelle einer militärischen Lösung die Fähigkeit der LTTE, sich zu verändern, berücksichtigen und ihr damit eine Einbindung in den politischen Prozeß zugestehen sollte. Sein Vorschlag, der LTTE als wichtigster Kraft im Nordosten des Landes hierfür eine fünfjährige Übergangsperiode zu gewähren, dürfte einer der praktischsten Vorschläge gewesen sein, um die LTTE in den politischen 'mainstream' einzubinden.

Thondamans Tod hinterläßt eine große Lücke sowohl im Kampf für die Rechte von tamilischen Plantagenarbeitern als auch im Spektrum von Initiativen für Frieden in Sri Lanka. Am 4. November wurde er mit einem Staatsbegräbnis beigelegt. Zuvor hatten mehrere hunderttausend Plantagenarbeiter ihm die letzte Ehre erwiesen.